

**Kulturausschuß**

**Protokoll**

30. Sitzung (nicht öffentlich)

28. April 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 15.50 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Matthäus (CDU)

Stenograph/in: Eilting, Bartylla

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Gesetz über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NW -)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/4743

1

Nach kurzer Beratung **empfiehlt** der Ausschuß einstimmig folgende **Ergänzungen** des Gesetzentwurfs:

1. In § 10 Abs. 2 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 eingefügt:

§ 3 Archivgesetz Nordrhein-Westfalen bleibt unberührt.

2. In § 11 Abs. 3 wird folgender Satz 2 angefügt:

§ 3 Archivgesetz Nordrhein-Westfalen bleibt unberührt.

Seite

- 2 Gesetz zu dem Vertrag zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein, K.d.ö.R., dem Landesverband der Jüdischen Kultusgemeinden von Westfalen, K.d.ö.R., und der Synagogen-Gemeinde Köln, K.d.ö.R.**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/4949

2

Der Ausschuß berät den Gesetzentwurf abschließend.

Er empfiehlt einstimmig, ihn unverändert anzunehmen.

- 3 Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplaren (Pflichtexemplargesetz)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU,  
der Fraktion der F.D.P. und  
der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/4926

5

Der Gesetzentwurf wird abschließend beraten.

Der Ausschuß stimmt über folgende Änderungen ab:

1. Die von der Landesregierung angeregten redaktionellen **Berichtigungen bzw. Klarstellungen** zu den §§ 2 bis 6 und 9 Abs. 2, die der *Beschlußempfehlung Drucksache 11/5415* zu entnehmen sind, werden einstimmig **angenommen**.

2. Ebenfalls einstimmig **angenommen** wird folgende Fassung des § 9 Abs. 1:

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

In der **Gesamtabstimmung** wird der Gesetzentwurf in der geänderten Fassung einstimmig **angenommen**.

**Berichterstatte**rin: Abgeordnete Matthäus (CDU)

- 4 **Keine Normalisierung der deutsch-iranischen Beziehungen bis zur Aufhebung des Todesurteils gegen Salman Rushdie und bis zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen im Iran**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4569

6

In seiner Beratung des Antrags bringt der Ausschuß einvernehmlich seine Erwartung zum Ausdruck, daß der Landtag zu der Problematik eine gemeinsame Resolution verabschiedet.

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU - bei einer Stimmenthaltung - und der F.D.P. bei Abwesenheit der Fraktion DIE GRÜNEN **abgelehnt**.

- 5 **Kultur von Ausländern in Nordrhein-Westfalen**

7

- Bericht von MR Horn (KM)

7

- Aussprache

10

Seite

**6 Minderausgaben im Kulturbereich**

14

- Bericht von Staatssekretär Dr. Besch (KM)

14

- Aussprache

15

**7 Kulturpolitik in Europa**

Vorlage 11/2095

18

Staatssekretär Dr. Besch (KM) gibt seine ergänzenden Ausführungen zu dem Bericht Vorlage 11/2095 zu Protokoll.

**8 Verbindung von Schule und Kultur**

22

Der Ausschuß nimmt einen kurzen Bericht von MR Wolfertz (KM) entgegen und erörtert anschließend die Thematik.

-----

**3 Gesetz über die Ablieferung von Pflichtexemplaren (Pflichtexemplargesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4926

**Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD)** erinnert daran, daß es von Anfang an große Zustimmung zu dem Gesetzentwurf gegeben habe und die Initiative dazu ja auch aus einem Gespräch mit dem Verband der Bibliothekare erwachsen sei. Er selbst sei jedoch unzufrieden mit der Regelung bei Lokalverschiebungen der Verlage. Doch seine Gespräche mit Frau Dr. Galsterer und Bibliothekaren im Verband der Verleger und Buchhändler NRW hätten ergeben, daß man dieses Problem nicht werde lösen können.

Er bitte allerdings die Landesregierung, die Entwicklung in der Verlagslandschaft, auch jetzt unter europäischen Gesichtspunkten, zu verfolgen und dem Kulturausschuß vielleicht nach drei, vier Jahren einen Bericht darüber zu geben.

Seinen Dank für die gründliche Vorbereitung des Gesetzentwurfs drückt **Abgeordneter Dr. Horn (CDU)** aus. Unter anderem darauf führe er die breite Zustimmung aller Fraktionen zu diesem Gesetzentwurf zurück. Er hoffe, daß die "beschenkten" Universitäts- und Landesbibliotheken die Kapazitäten hätten, die Pflichtexemplare aufzunehmen und in entsprechender Weise zu verwalten. Außerdem hoffe er, daß dafür die sächlichen und personellen Voraussetzungen geschaffen würden, falls sie noch nicht vorhanden seien.

**Abgeordneter Grätz (SPD)** weist darauf hin, daß im Ältestenrat vereinbart worden sei, für dieses Thema im Parlament keine Redezeit mehr einzuräumen. Es sei ihm abgestimmt erschienen; doch wolle er anmerken, daß er es nicht für richtig halte, wenn die Fraktionen zu einem von ihnen selbst eingebrachten Gesetz nicht mehr redeten.

Die **Vorsitzende** merkt dazu an, daß sie das in der Fraktion am Vortag als so beschlossen erfahren habe. - Auch mit ihm, dem Obmann, sei nicht darüber geredet worden, fügt **Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD)** hinzu. Er schlage einen Kompromiß vor: Die **Vorsitzende** solle im Plenum alle Argumente noch einmal zusammenfassen,

die Bedeutung des Gesetzes herausstellen und erklären, wie es zustande gekommen sei.

Kritik an der im Landtag herrschenden Devise, daß für die Punkte, bei denen Einvernehmen bestehe, keine Redezeiten mehr vorgesehen würden, übt **Abgeordneter Grätz (SPD)**. Es sei ein Grundirrtum des Parlamentarismus, nur dann zu reden, wenn man sich streiten müsse. Man müsse sich an dem Gewicht der Sache orientieren.

Der **Ausschuß** unterstützt einhellig den Vorschlag von Dr. Gerritz zu einer Berichterstattung durch die **Vorsitzende**, die mit den **Parlamentarischen Geschäftsführern** darüber sprechen wird.

*Die Abstimmungsergebnisse sind dem Beschlussteil dieses Protokolls zu entnehmen.*

**4 Keine Normalisierung der deutsch-iranischen Beziehungen bis zur Aufhebung des Todesurteils gegen Salman Rushdie und bis zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen im Iran**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/4569

**Abgeordneter Grätz (SPD)** weist auf den anderen Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN hin, der sich mit den Menschenrechtsverletzungen im Iran im allgemeinen befasse. Dieser sei im **Hauptausschuß** von den anderen drei Fraktionen abgelehnt worden. Es sei jedoch die Bereitschaft bekundet worden, im Mai im Plenum einen Entschließungsantrag zu dieser Fragestellung einzubringen, weil in bezug auf die Menschenrechtsverletzungen sowie das Anhalten des Kulturabkommens eine Übereinstimmung zwischen den Fraktionen bestanden habe.

Bezüglich des vorliegenden Antrags erwarte er im **Hauptausschuß** dasselbe Ergebnis.